

ippnw 2024

jahresbericht der internationalen ärzt*innen für die verhütung des atomkrieges – ärzt*innen in sozialer verantwortung



Foto: Dr. Helmut Lohrer

Humanitäre Folgen von Krieg & Aufrüstung

SCHWERPUNKTE 2024

Frieden: Angriff auf das humanitäre Völkerrecht	5
Anti-Atom-Politik nach innen und außen	6
Soziale Verantwortung:	
Türkei – Austausch zu Menschenrechten	9
Internationales	12
Verein	13
Studierende: Aktiv, kooperativ und erfolgreich!	14

ZAHLEN & FAKTEN

Die IPPNW in Zahlen	15
Bilanz	16
Mitgliederentwicklung	16
Überblick	18

SONSTIGES

Impressum	13
IPPNW-Gruppen bundesweit	19
Kontakt	20

Das Jahr 2024 war geprägt vom Umzug in unsere neue Geschäftsstelle. Das repräsentative Ladenbüro in der Frankfurter Allee ist in kürzester Zeit zu einer wichtigen Adresse für Friedensarbeit in Berlin geworden. Der Auszug aus der Körtestraße, wo die IPPNW über 30 Jahre ihr Domizil hatte, war eine enorme, auch physische Herausforderung vor allem für die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle. Diejenigen, die nicht bei unserer Einweihungsfeier im September oder bei einer anderen Gelegenheit schon da waren, sind herzlich eingeladen, sich vor Ort selbst ein Bild zu machen.

Die inhaltliche Arbeit kam aber, wie dieser Jahresbericht eindrucksvoll zeigt, trotz dieser zusätzlichen organisatorischen Herausforderung nicht zu kurz. Das Schwerpunktthema unserer Arbeit waren die humanitären Folgen von Krieg und Aufrüstung. Dem haben wir uns insbesondere mit Blick auf die verheerenden Kriege in der Ukraine und in Gaza gewidmet. Das Waffenstillstandspapier der IPPNW, das 2024 zwei Auflagen erlebt hat, war ein wichtiger Baustein dieser Arbeit. Hier haben wir uns auch vor dem Hintergrund der humanitären Folgen des Krieges insbesondere mit diplomatischen Initiativen zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts beschäftigt und dazu intensive Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit betrieben. Im August 2024 sind wir Teil eines breiten Bündnisses „Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“ geworden, das im Oktober 2024 und Februar 2025 Kundgebungen organisiert und eine Petition für einen sofortigen Waffenstillstand und den Schutz der Zivilbevölkerung initiiert hat.

Unser Gründungsthema Atomwaffen haben wir ebenfalls unter dem Aspekt der humanitären Folgen, die schon die Atomwaffentests hervorrufen, bearbeitet. Mit Veranstaltungen und Publikationen haben wir Öffentlichkeit für diesen immer noch unterbelichteten Aspekt der Atomwaffenproblematik geschaffen. Zwei IPPNW-Studierende nahmen an der Reise nach Kasachstan zu den Folgen der sowjetischen Atomtests teil. In intensiven Gesprächen mit Entscheider*innen im Auswärtigen Amt trugen wir dazu bei, dass die Bundesregierung in der UN-Vollversammlung der Erstellung einer Studie über die Atomwaffenfolgen zugestimmt hat.

Dr. Angelika Claußen und Dr. Lars Pohlmeier



Atomwaffenverbot:
Drei Jahre seit Inkrafttreten



Stoppt das Töten!
Für ein Ende des Ukrainekrieges



Münchner Friedenskonferenz:
Diskussion zu Folgen von Atomtests



Mahnwache in Cochem:
Atomwaffengegner vor Gericht

Januar Zum dritten Jahrestag des Inkrafttretens des Atomwaffenverbotsvertrags organisieren verschiedene IPPNW-Regionalgruppen Veranstaltungen und Aktionen, etwa in Aachen. Zudem gibt es eine deutschlandweite Social-Media-Aktion.

Februar Das Bündnis „Stoppt das Töten“ organisiert Antikriegs-Aktionen zum zweiten Jahrestag des Ukrainekrieges in Hamburg, Berlin, Köln, Frankfurt und Stuttgart. In Berlin beteiligt sich eine große IPPNW-Gruppe.

„Zwei Jahre Ukrainekrieg – Wie kommen wir zu einem Waffenstillstand und Friedensverhandlungen?“ ist der Titel der ersten IPPNW-Academy mit der IPPNW-Vorsitzenden Angelika Claußen und Philipp Poppelreuter von „Inclusive Peace“, einem Schweizer Thinktank, der Friedens- und politische Transitionsprozesse unterstützt.

Vom 16.-18. Februar tagt die Münchner Friedenskonferenz „Wohin treibt Europa?“, die die IPPNW unterstützt. Die IPPNW veranstaltet einen Workshop zum Thema „Überleben bedeutet Widerstand leisten – die Folgen von Atomtests“.

März Wegen der Waffenlieferungen an die Ukraine schreibt die IPPNW mehrfach an Bundeskanzler Olaf Scholz, Minister*innen sowie Fraktions- und Parteispitzen. Im März 2024 begrüßt die IPPNW das Nein des Kanzlers zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern in die Ukraine. Der IPPNW-Vorstand reicht außerdem eine Programmbeschwerde beim ZDF ein wegen einer den Taurus verharmlosenden Kika-Sendung vom 27. Februar 2024.

Am 21. März veranstaltet die IPPNW gemeinsam mit IALANA und ICBUW einen Filmabend „Umweltzerstörung durch Uran- und Atomwaffen“ im Planetarium Berlin. Gezeigt werden zwei Kurzfilme, im Anschluss gibt es ein Panel und Publikumsfragen.

April Am 10. April findet eine zweite IPPNW-Academy zu humanitären und Umweltfolgen des Krieges in Gaza statt, gemeinsam mit der Arbeitsgruppe Klima der internationalen IPPNW. Die dritte IPPNW-Academy beschäftigt sich mit den Folgen der EU-Wahl auf die Atomrüstungspolitik. Eine weitere Onlineveranstaltung widmet sich dem türkischen Drohnenkrieg. Zudem berichtet der IPPNW-Arbeitskreis „Menschenrechte Türkei“ über seine Arbeit.

Auf dem IPPNW-Jahrestreffen referiert der Koordinator von „Sicherheit neu denken“ Ralf Becker zum Thema „Sicherheitsstrategien neu denken. Gewalt stoppen und überwinden“ mit ca. 160 Teilnehmer*innen.

Mai IPPNW-Mitglied Ernst-Ludwig Iskenius wird vom Amtsgericht Cochem wegen eines gewaltfreien Sit-ins am Atomwaffenstützpunkt Büchel zu einer Strafe von 60 Tagessätzen verurteilt.

Die IPPNW fordert in einer E-Mail an alle Abgeordneten des Auswärtigen Ausschusses, sich für die Beendigung des Ukrainekrieges durch einen Verhandlungsfrieden einzusetzen.

Das deutsche ICAN-Netzwerk appelliert in einem offenen Brief an die Kandidierenden der Europawahl, den Diskussionen um eine europäische Atombombe eine Absage zu erteilen.



Nörvenich:
Klimacamp für atomare Abrüstung



Köln:
Menschenkette für Gaza



Hiroshima & Nagasaki:
Bundesweites Gedenken



Nein zu Kriegen!
Bundesweite Friedensdemo

Mai Mit der Wiesbadener Erinnerung bekräftigen Persönlichkeiten aus Kirche und den Naturwissenschaften, dass es keine Sicherheit mit Atomwaffen gibt. Zu den Unterzeichnenden gehören u. a. die IPPNW-Vorsitzende Angelika Claußen und Ehrenvorstandsmitglied Ulrich Gottstein.

Juni Bei der Tagung „Nuclear Ice Age?“ der Evangelischen Akademie Loccum spricht Abrüstungsreferentin Juliane Hauschulz für die IPPNW auf einem Panel mit den Diplomaten Alexander Kmentt und Francisca Elizabeth Méndez Escobar über die Möglichkeiten der nuklearen Abrüstung.

Juli Vom 2. bis 7. Juli findet das Klimacamp gegen Atomwaffen in Nörvenich statt. Auf dem Protestcamp gibt es Vorträge sowie einen Ausflug zum Hambacher Forst 2.0. Am Wochenende folgt eine Demonstration, zudem besetzt eine Gruppe Aktivist*innen sieben Tore des Fliegerhorsts Nörvenich.

Die IPPNW-Regionalgruppe Köln organisiert mit anderen Friedensinitiativen eine Menschenkette über zwei Brücken unter dem Motto „Das Töten und das Leid der Menschen in Palästina muss ein Ende haben: Menschenwürde für alle Menschen!“. 2.000 Menschen beteiligen sich.

Im Juli veröffentlicht der IPPNW-Vorstand ein Argumentationspapier „Ein Verhandlungsfrieden ist alternativlos! Widerlegung einiger Narrative der Kriegslogik und Propaganda“, das an die Mitglieder und die Regionalgruppen versendet wird.

August Zu den Hiroshima- und Nagasaki-Gedenktagen am 6. und 9. August organisieren IPPNW-Regionalgruppen bundesweit Mahnwachen und Veranstaltungen, so u. a. in Aachen, Bremen, Frankfurt, Mainz, München, Nürnberg, Offenbach und Stuttgart.

Oktober Mit einem eigenen Aufruf unter dem Motto „Atomare Eskalation verhindern! Für eine diplomatische Initiative im Ukrainekrieg“ ruft die IPPNW zu der bundesweiten Demonstration am 3. Oktober 2024 auf.

Gemeinsam mit Partnerorganisationen erarbeitet die IPPNW mit Blick auf die Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2025 Forderungen zur nuklearen Abrüstung.

November Im Februar und November veröffentlicht die IPPNW die 6. und 7. Auflage des Papiers „Waffenstillstand und Frieden für die Ukraine“. Es versammelt verschiedene Konzepte auf bilateraler, multilateraler, wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene, die zu einer Lösung des Konfliktes beitragen könnten. Das Heft wird an zahlreiche Politiker*innen, Wissenschaftler*innen und das Umfeld der Friedensbewegung verschickt.

Im November startet die Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig – für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!“ Sie wächst schnell auf etwa 50 Mitgliedsorganisationen an. Die IPPNW ist Mitglied des Kampagnenrates.

Dezember Am 10. Dezember wird der Dachorganisation der Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki, *Nihon Hidankyo*, der Friedensnobelpreis verliehen. IPPNW-Regionalgruppen feiern dies mit Aktionen und Veranstaltungen.



Angriff auf das humanitäre Völkerrecht

Folgen von Krieg und Aufrüstung

Die besondere Rolle von Menschen mit Heilberufen besteht darin, auf die verheerenden Folgen von Kriegen für Mensch und Umwelt hinzuweisen, damit sich diplomatische Lösungen durchsetzen. In allen Kriegen finden auch Angriffe auf medizinische Einrichtungen statt. Das gilt in besonders drastischem Ausmaß im Gazakrieg, den die israelische Regierung als Reaktion auf das Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 begann. Nach palästinensischen Angaben wurden mindestens 50.000 Palästinenser*innen getötet. Auch die Zerstörung von Einrichtungen des Gesundheitswesens in Gaza ist katastrophal. Allein bis September 2024 verzeichnete die WHO 512 Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen. Mehr als 1.000 Gesundheitskräfte wurden getötet und Hunderte verhaftet. Die Physicians for Human Rights Israel berichten, dass sich fast 150 medizinische Mitarbeiter*innen in israelischer Haft befinden.

Die deutsche IPPNW unterhält langjährige Kontakte in die Region Israel und Palästina. „Viele von uns schmerzt der Konflikt auch aufgrund ganz persönlicher Israel-Palästina-Erfahrungen so besonders. Der Krieg in Gaza mit Tausenden von Toten bedeutet

eine humanitäre Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes“, hieß es in einer IPPNW-Vorstandserklärung vom März 2024. Die IPPNW stelle sich konsequent an die Seite aller Opfer, egal welcher Nationalität und welchen Glaubens.

Zu Beginn des Jahres 2024 schrieb die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen an das Auswärtige Amt und das Entwicklungshilfeministerium wegen des Aussetzens der finanziellen Unterstützung für das UN-Hilfswerk UNRWA. Im November wandte sie sich erneut an Annalena Baerbock. Die Knesset hatte ein Gesetz beschlossen, dass der UNRWA alle Aktivitäten auf israelischem Territorium verbietet. Am 8. Februar schrieb die IPPNW in Briefen an den Bundespräsidenten, das Auswärtige Amt und den Lutherischen Weltbund mit der Bitte, sich bei der israelischen Regierung dafür einzusetzen, dass den Krebs- und Dialysepatient*innen aus dem Gazastreifen freier Zugang zum Auguste-Viktoria-Hospital in Jerusalem ermöglicht wird, um ihre lebensrettende Therapie fortzusetzen. Es ist das einzige Krankenhaus für sechs Millionen Palästinenser*innen, das Radio- und Chemotherapie und pädiatrische Dialyse anbietet. Nach dem 7. Oktober untersagten

die israelischen Behörden den Transport für Patient*innen aus Gaza. Im Spätsommer organisierte das „Forum Menschenrechte“ Lobbygespräche mit Politiker*innen zum Nahostkonflikt. IPPNW-Friedensreferentin Angelika Wilmen nahm an einem Gespräch mit Jens Plötner teil, dem außen- und sicherheitspolitischen Berater von Bundeskanzler Olaf Scholz. IPPNW-Mitarbeiterin Anne Jurema traf sich mit der Menschenrechtsbeauftragten Luise Amtsberg. Grundlage der Gespräche war die Stellungnahme „Nicht teilbar: Menschenrechte im aktuellen Konflikt in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten seit dem 7. Oktober 2023“, die die IPPNW unterzeichnet hat.

Am 18. Oktober 2024 veranstaltete die IPPNW in dem breiten Bündnis „Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“ eine Kundgebung in Berlin. Etwa 3.000 Menschen beteiligten sich – darunter viele IPPNW-Mitglieder. Es war die erste Demonstration von Menschenrechts- und Friedensorganisationen, die bedingungslos die zivilen Opfer auf allen Seiten betrauerte.

Weitere Informationen:

ippnw.de/frieden

ippnw.de/atomwaffen



Anti-Atom-Politik nach innen und außen

—Die IPPNW fordert den Atomausstieg zu vollenden und warnt vor nuklearen Risiken in unserer Nachbarschaft—

2024 war das erste volle Jahr ohne Atomstromerzeugung in Deutschland seit 1962. Deutlich mehr als die Hälfte der hiesigen Stromerzeugung ist inzwischen erneuerbar. Dennoch bleibt für die IPPNW noch viel zu tun. Solange im emsländischen Lingen Brennelemente für den Weltmarkt produziert werden und die URENCO im westfälischen Gronau weiterhin Uran für den Export anreichert, muss der Atomausstieg hierzulande als unvollendet gelten. Zudem ist Deutschland nach wie vor von Ländern umgeben, die die Laufzeiten alter Atomkraftwerke verlängern wollen oder sogar neue Atomprojekte planen. Konkrete Anlässe für Einwände, Aufklärung, Appelle und Proteste boten die Pläne zur Produktionserweiterung der Brennelementefabrik des französischen Staatskonzerns Framatome in Lingen und der Eintritt des Schweizer AKW Leibstadt in den Langzeitbetrieb.

Die Brennelementeproduktion in Deutschland nicht zu stoppen, sondern auszubauen, steht an sich schon im Widerspruch zum Atomausstieg. Die Partner, die sich in Lingen zusammentun wollen, bieten zusätzlichen Anlass zum Protest. Denn die Produktion des französischen

Staatskonzerns Framatome soll um Kapazitäten zur Herstellung von sechseckigen Brennelementen für Reaktoren russischer Bauart erweitert werden.

Mit Anti-Atom-Initiativen und Verbänden schaltete sich die IPPNW mit einer eigenen Sammeleinwendung in die Öffentlichkeitsbeteiligung des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens zur Erweiterung der Brennelementefabrik ein. Die IPPNW betonte hierbei die Gesamtverantwortung von Rosatom im zivilen und militärischen Bereich der Atomenergie, also auch für Atomwaffen, was von den französischen Antragstellern systematisch ausgeblendet wurde. Ungeachtet seiner Rolle im Krieg gegen die Ukraine und für die Atomwaffen Russlands will Framatome Lizenzen, Produktionsanlagen, Know-how und Personal des russischen Staatskonzerns Rosatom im Rahmen einer Partnerschaft im Emsland nutzen. Eine Entscheidung über den Antrag auf Produktionserweiterung steht noch aus.

Auch die AKWs in den Nachbarländern, wie etwa der Schweiz und Frankreich, geben weiterhin Anlass zu Aktivitäten. Seit dem 15. Dezember 2024 ist beispielsweise

das Schweizer AKW Leibstadt seit über 40 Jahren in Betrieb. Eine grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung mit Öffentlichkeitsbeteiligung, wie sie die Konventionen von Aarhus und Espoo eigentlich zwingend vorschreiben, will die Schweiz nicht durchführen.

Aus Sorge über den geplanten Langzeitbetrieb haben sich bereits im Vorfeld 500 Ärzt*innen sowie 250 Unterstützer*innen in einem gemeinsamen offenen Brief der IPPNW Deutschland und der Schweiz an die politisch Verantwortlichen beiderseits der Grenze gewandt. Sie warnten vor den Risiken des Langzeitbetriebs und fordern die Stilllegung des Altmeilers, zumindest aber die Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen zur grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung.

Weitere aktuelle Informationen:
ippnw.de/atomenergie



Brennelementefabrik Lingen:
Für einen konsequenten Ausstieg!



Super-GAU von Fukushima:
Kazaguruma-Demo in Berlin



Atom-Märchen entlarvt:
Demonstration in Brüssel



FRM2 in Garching:
Nein zum Weiterbetrieb mit
atomwaffenfähigem Brennstoff

Januar Der Januar 2024 erinnert uns alle daran, dass der deutsche Atomausstieg noch nicht vollendet ist. Der französische Staatskonzern Framatome hat eine Genehmigung zu Produktionserweiterung am Standort Lingen beantragt, um dort künftig in Zusammenarbeit mit dem russischen Staatskonzern Rosatom Brennelemente für Reaktoren russischer Bauart herzustellen. Die IPPNW engagiert sich mit einer eigenen Sammeleinwendung gegen die Vergrößerung der Anlage und protestiert im Bündnis mit Anti-Atom-Initiativen vor der Brennelementefabrik in Lingen. Die IPPNW-Vorsitzende Angelika Claußen und Patrick Schukalla, Referent für Atomausstieg, ordnen in ihrer gemeinsamen Rede die internationalen Geschäfte der russischen Atomwirtschaft ein und weisen auf die herausragende Rolle hin, die die gegenseitigen Wunschartner Rosatom und Framatome für die jeweiligen Atomwaffenprogramme ihrer Staaten spielen.

Februar Das aktualisierte Papier zur Jodblockade erscheint. Reinhold Thiel (Ulmer Ärzteinitiative der IPPNW) in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Alfred Böcking, Dr. Ditte Götz, Dr. Odette Klepper und Dr. Volker Siller (IPPNW-Regionalgruppe Aachen) aktualisieren die IPPNW-Empfehlungen zum Schutz der Schilddrüse mit speziellen Jodtabletten bei Reaktorunfällen.

März Mehr als 10.800 Einwendungen von Bürger*innen gegen den Ausbau der Atomfabrik Lingen, darunter auch die vielen Unterschriften der IPPNW-Sammeleinwendung, werden an das niedersächsische Umweltministerium übergeben.

Die Atomkatastrophe von Fukushima jährt sich zum 13. Mal. Aus diesem Anlass veröffentlicht die IPPNW eine ganzseitige Anzeige in der Süddeutschen Zeitung, unterzeichnet von 1.698 Ärzt*innen und Förder*innen der IPPNW. Auf der Kazaguruma-Demonstration in Berlin spricht Dr. Alex Rosen für die IPPNW.

Die Atomlobby will Klimaschutzgelder in die Atomwirtschaft umleiten: IPPNW und viele andere protestieren gegen den IAEA-Pro-Atom-Kongress in Brüssel. Die IPPNW ist mit mehreren Mitgliedern vor Ort und protestiert in einem großen Bündnis, das von mehr als 600 Umwelt-, Klimaschutz-, Friedens- und Menschenrechtsorganisationen aus über 50 Ländern unterstützt wird, gegen die Atommärkte und für echten Klimaschutz.

April Ein Jahr Atomausstieg! 38 Jahre nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl macht die IPPNW deutlich, dass der Ausstieg ein Erfolg ist, der vollendet werden muss. IPPNW-Mitglied Dr. Jörg Schmid spricht zum 38. Tschernobyl-Jahrestag vor dem AKW Neckarwestheim.

Mai Im Bündnis mit Naturschützer*innen des BUND kritisiert die IPPNW die Stilllegungs-Unterlagen des französischen Staatskonzerns EDF für das AKW Fessenheim, weil dieser große Gruppen radioaktiv verursachter Erkrankungen verschweigt. Die Unterlagen für das Verfahren zu Stilllegung und Abbau des Kernkraftwerks konnten Bürger*innen im Rahmen der grenzüberschreitenden Öffentlichkeitsbeteiligung einsehen und kommentieren.

Juni Kein Weiterbetrieb mit atomwaffenfähigem Uranbrennstoff! Die IPPNW unterstützt die Forderung, den Weiterbetrieb des Atomforschungsreaktors FRM II in Garching mit atomwaffenfähigem angereichertem Uran zu untersagen.



AKW Saporischschja:
IPPNW warnt vor Katastrophe



„Nuklearer Fallout“:
Fachtagung in Hannover



Brennelementefabrik Lingen:
Teilnahme am Erörterungsverfahren



AKW Leibstadt:
Unterschriftenübergabe

Juli Mehr als 40 Jahre AKW Leibstadt? Die IPPNW informiert über den geplanten Langzeitbetrieb des grenznahen Schweizer AKW und wendet sich an die Behörden beiderseits der Grenze.

August Die IPPNW warnt vor einer drohenden Katastrophe: Auf dem Gelände des AKW Saporischschja in der Ukraine brennt es, in der Nähe des AKW Kursk in Russland finden Kämpfe statt.

September Anlässlich der geplanten Jubiläumsfeier zum 40-jährigen Bestehen des Schweizer AKW Leibstadt fordert die IPPNW die sofortige Stilllegung des Reaktors. Die geplante Laufzeitverlängerung ist eine grenzüberschreitende Gefahr!

Die IPPNW kritisiert auch den Weiterbetrieb maroder AKWs in Frankreich und fordert im laufenden Anhörungsverfahren, die angestrebte Laufzeitverlängerung nicht umzusetzen und stattdessen den Atomausstieg einzuleiten.

Oktober Kein Deal mit Rosatom! In Lingen demonstriert ein Bündnis unter Beteiligung der IPPNW gegen den Ausbau der Lingener Brennelementefabrik.

In Hannover findet die Fachtagung „Nuklearer Fallout“ des Fachportals „Atommüllreport“ statt. Sie beschäftigt sich in diesem Jahr mit dem zivil-militärischen Atomkomplex. Die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen hält die Keynote über den Zusammenhang von ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie und betont die Notwendigkeit des Atomausstiegs für eine nachhaltige nukleare Abrüstung. Die IPPNW-Referent*innen Juliane Hauschulz und Patrick Schukalla widmen sich dem Spannungsfeld zwischen Politisierung und Banalisierung des Nuklearen.

November Beim Erörterungstermin zum Genehmigungsverfahren der geplanten Produktionserweiterung der Brennelementefabrik Lingen werden vielfach die Sicherheitsbedenken der Einwender*innen bestätigt. Die IPPNW-Vorsitzende Dr. Angelika Claußen und IPPNW-Vorstandsmitglied Dr. Christoph Dembowski sind vor Ort und plädieren dafür, dass die letztlich entscheidende Bundesregierung die drohende Einflussnahme von Rosatom stoppt und den Atomausstieg konsequent fortsetzt.

Dezember Aus Sorge über den geplanten Langzeitbetrieb des Altreaktors Leibstadt in der Schweizer Grenzregion zu Deutschland wenden sich 500 Ärzt*innen und 250 Unterstützer*innen in einem offenen Brief an die politisch Verantwortlichen. In dem gemeinsam initiierten Appell fordern die IPPNW in Deutschland und der Schweiz die Stilllegung des AKWs, mindestens aber die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung mit grenzüberschreitender Öffentlichkeitsbeteiligung. In einer öffentlichen Aktion werden die Unterschriften in Stuttgart an das Landesumweltministerium und in Bern an die zuständigen politischen Vertreter*innen übergeben.



Türkei: Austausch zu Menschenrechten

Vertiefung der fachlichen und politischen Vernetzung

Selten in den letzten Jahren gab es ein so großes Interesse an der IPPNW-Reise in die Türkei wie 2024. Die Reise war geprägt von den verschiedenen Themen der Zivilgesellschaft, von der Freundlichkeit und der Kraft der Menschen trotz der bedrückenden Bedingungen und der staatlichen Repression gegen jedes zivile Engagement. Thematisch ging es um die Situation von Frauen und Kindern, von politischen Gefangenen und ihren Angehörigen, um die Arbeit in Adiyaman nach dem Erdbeben 2023, um die systematische Vertreibung von Kurd*innen aus ihren angestammten Gebieten z.B. durch Staudambau, um die Kommunalwahlen am 30. März 2024 und um die Situation von Geflüchteten im Transitland Türkei.

Die Reise machte deutlich, dass die Türkei kein sicheres Herkunftsland für Geflüchtete ist, in das man Menschen problemlos abschieben könnte. Das war auch Thema eines Gesprächs in der deutschen Botschaft in Ankara, wo IPPNW-Mitglieder u. a. die Menschenrechtsverletzungen des NATO-Partners Türkei und die Diskriminierung von Kurd*innen in Deutschland zur Sprache brachten.

Im Herbst 2024 besuchte dann eine fünfköpfige kurdische Delegation von Menschenrechtler*innen aus den Bereichen Gesundheit, Kinder- und Frauenrechte und soziale Arbeit zwei Wochen lang Initiativen und Einrichtungen des Versorgungssystems in Frankfurt/Main, Hanau und Berlin. Drei Themen standen bei diesem Gegenbesuch im Vordergrund: Die psychosoziale und medizinische Versorgung von Langzeithäftlingen, die zunehmende Kriminalisierung von Auslandskontakten in der Türkei, die türkische und vor allem kurdische NGOs von wichtiger Solidarität abzuschneiden droht, und der rapide ansteigende Missbrauch von Drogen, der vor allem Jugendliche und Binnenflüchtlinge in Abhängigkeit und Kriminalität getrieben hat.

Bei einem Treffen mit der „Initiative 19. Februar“ in Hanau konnten die Gäste aus der Türkei viel über das Versagen staatlicher Stellen in der Verhinderung und Aufarbeitung der rassistischen Morde von Hanau 2020 erfahren.

Der zusammen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer BAfF e.V.

und der Universität Cottbus veranstaltete Fachtag „Gegen die Ohnmacht: Psychosoziale Arbeit zwischen Repression und Exil“ im Refugio Berlin war mit fast 100 Teilnehmer*innen voll ausgebucht.

Die vier öffentlichen Veranstaltungen im Rahmen des Gegenbesuchs waren durchgehend gut besucht, u. a. die Diskussionsabende zur kurdischen Frauenbewegung und der politischen Situation nach den Kommunalwahlen in der Türkei und eine öffentliche Abendveranstaltung bei medico international in Frankfurt über den Abbau der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei.

Ziel der gegenseitigen Besuchsreisen ist auch 2025 die Vertiefung des fachlichen und politischen Austausches und die grenzüberschreitende zivilgesellschaftliche Vernetzung und Solidaritätsarbeit. Besonders erfreulich ist die gute Zusammenarbeit mit dem Dachverband Psychosozialer Zentren BAfF, die dazu geführt hat, dass dieser 2025 noch stärker in die Planung, Finanzierung und Organisation des Projekts mit eingestiegen ist.

Weitere aktuelle Informationen:
ippnw.de/soziale-verantwortung



Abschiebung aus der Klinik:
Meldestelle berät Betroffene



Großdemonstration:
Wir sind die Brandmauer



Türkeireise:
Austausch mit der Zivilgesellschaft



Erfolgreiche Zusammenarbeit:
Flyer zur Migrationsgesellschaft

Januar Die IPPNW-Meldestelle zu Abschiebungen aus dem Krankenhaus erhält ihre ersten Meldungen und Beratungsanfragen. Bis Ende des Jahres werden uns 24 Fälle von Abschiebungen und Abschiebeversuchen aus dem Krankenhaus gemeldet, viele davon aus den Vorjahren. Viele meldende Personen nehmen ein Beratungsangebot gerne an. Die meisten Fälle werden von Mitarbeiter*innen aus dem Bereich Flüchtlingsschutz gemeldet. Über die Landesärztekammern, Veröffentlichungen in der Fachpresse und persönliche Anschreiben an Klinikleitungen wird das ganze Jahr hindurch daran gearbeitet, die Meldestelle unter Klinikbeschäftigten bekannter zu machen.

Im Laufe des Jahres geben Mitglieder des AK Geflüchtete und die IPPNW-Geschäftsstelle Fortbildungen zu den Rechten und Möglichkeiten von Gesundheitsfachkräften in Abschiebesituationen in Stuttgart, Hamburg, Frankfurt/Main und Berlin.

Februar Für die Verteidigung von Migrationsgesellschaft und Demokratie! Auf der Hand-in-Hand-Demonstration beteiligen sich zahlreiche IPPNW-Mitglieder an einer Menschenkette um das Bundestagsgebäude, um ein Zeichen für eine Gesellschaft der gelebten Würde, des Respekts und des Zusammenhalts zu setzen. Auch in anderen Städten beteiligten sich IPPNW-Mitglieder an den Kundgebungen gegen Rechts.

März Vom 9. bis 23. März 2024 bereist eine zwölfköpfige Delegation den Südosten der Türkei, um sich dort mit zahlreichen Vereinen und Vertreter*innen der kurdischen Zivilgesellschaft zu treffen und sich über die menschenrechtliche Situation und die kurdische Befreiungsbewegung zu informieren sowie die solidarische Vernetzung weiterzuspinnen. Auch der fachliche Austausch zu psychosozialer und Trauma-Arbeit wird fortgesetzt. Im Anschluss berichtet die Gruppe auf mehreren Veranstaltungen über die Reise und hält ihre Eindrücke und Analysen in der IPPNW-Publikation „Türkei: Zivilgesellschaft unter Druck – von Zwangsverwaltung, Flucht und Widerstand“ fest.

April Vor dem Hintergrund des rasant fortschreitenden Rechtsrucks fast aller Parteien und weiteren Asyl- und Aufenthaltsrechtsverschärfungen wirkt die IPPNW im Rahmen eines Bündnisses an der Erstellung eines Flyers „Acht Thesen zur Verteidigung der Migrationsgesellschaft“ mit. Dieser wird tausendfach auf Veranstaltungen und Demonstrationen verteilt, so auch bei einer IPPNW-Straßentheateraktion mit dem Thema „Die Menschenrechte sind in Lebensgefahr“ im Rahmen der Mitgliederversammlung am 28. April in Frankfurt, die vom AK Geflüchtete organisiert wird. Die Themen Migration und Rechtsruck sind auf dem Jahrestreffen stark im Programm vertreten.

Mai Die IPPNW beteiligt sich an einer Stellungnahme des Forums Menschenrechte „Nicht teilbar: Menschenrechte im aktuellen Konflikt in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten seit dem 7. Oktober 2023“, in der das Forum die Bundesregierung für Doppelstandards kritisiert und sie auffordert, sich für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen, unabhängig davon, welche Konfliktpartei für deren Verletzung verantwortlich ist. Auf die Stellungnahme folgen Einladungen zu Treffen mit der Menschenrechtsbeauftragten im Auswärtigen Amt im Juli und dem außenpolitischen Berater im Kanzleramt im September, an denen die IPPNW teilnimmt.



Make Health not War:
IPPNW beim Deutschen Ärztetag



Stellungnahme:
Menschenrechte im Nahen Osten



Fachtag:
Gegen die Ohnmacht



Global Health Summer:
Trauma und Recht auf Gesundheit

Mai Protest vor dem Ärztetag in Mainz: Mitglieder der IPPNW und Abgeordnete des Ärztetages weisen auf die Gefahren der Militarisierung im Gesundheitswesen hin. Im Fall einer atomaren Auseinandersetzung sei keine medizinische Hilfe möglich. Durch eine Vorbereitung des Gesundheitswesens auf militärische Konflikte werde suggeriert, dass militärische Auseinandersetzungen führbar seien.

Juni Die IPPNW ist inzwischen fester Partner beim Wahlpflichtmodul „Globale Gesundheit“ an der Charité Berlin. Am 13. Juni sowie am 28. November hält IPPNW-Referentin Laura Wunder einen Vortrag zu „Medical Peace Work“.

August Die IPPNW beteiligt sich mit einem „Aide-Mémoire“ zur Menschenrechtssituation in der Türkei an der jährlichen Zusammenstellung von Analysen und Empfehlungen zu Menschenrechtspolitik für das Auswärtige Amt. Bei einem Lobby-Treffen mit Außenministerin Baerbock im August werden die Aide-Mémoires übergeben.

September Am 20. September findet der Fachtag „Gegen die Ohnmacht: Psychosoziale Arbeit zwischen Repression und Exil“ statt, bei dem der Austausch mit kurdischen Expert*innen aus der Türkei im Zentrum steht. 92 Personen nehmen teil. Der Fachtag ist in die türkisch-kurdische Delegationsreise eingebettet und bildet gleichzeitig den Auftakt zur Global Health Summer School.

Die Global Health Summer School findet vom 21. bis 27. September zum Thema „Trauma, Empowerment und Recht auf Gesundheit“ statt. In den Räumen des Refugio Berlin verbringen 26 Studierende und junge Berufstätige aus Deutschland, Kenia, Nepal, der Türkei und weiteren Ländern eine intensive und lehrreiche Woche.

Oktober Am 14. Oktober organisiert die Deutsche Plattform für Globale Gesundheit, in der IPPNW mitwirkt, ein Begleitprogramm zum World Health Summit. Mit der Frage „Who's got the Power – who should have the Power?“ waren akademische und aktivistische Expert*innen zu Global Health und Governance geladen.

November An der Fachtagung des Dachverbands Psychosozialer Zentren in Deutschland – BAfF e.V. – wirkt die IPPNW mit einem Workshop zu „Abschiebungen aus der laufenden Behandlung“ mit, der auf reges Interesse unter psychosozialen und medizinischen Fachkräften stößt. Für 2025 wird eine verstärkte Zusammenarbeit verabredet.

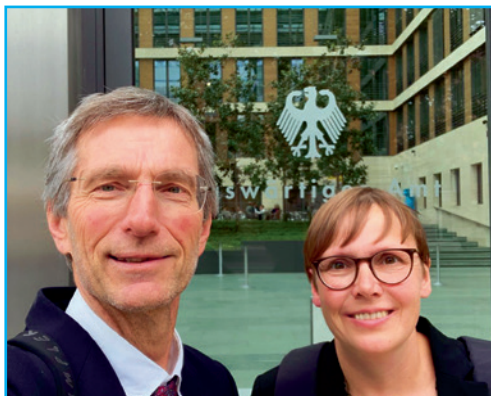
Dezember Vor dem Hintergrund der vorgezogenen Neuwahlen und eines migrationsfeindlichen Wahlkampfes beteiligt sich die IPPNW an der Formulierung der Wahlforderungen des Forums Menschenrechte, insbesondere der Forderungen der AG Flucht und Migration. Die Wahlforderungen des Forums werden an die Parteispitzen von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/die Grünen versendet und für Social Media aufbereitet.



Risiken von Atomwaffen:
NukeEXPO in Brüssel



Kasachstan:
Bildungsreise zu Atomtestfolgen



Folgen von Atomtests:
Prof. Tilman Ruff in Hamburg



Internationale Arbeitsgruppe:
IPPNW auf der COP29 in Baku

März Am 1. März, zum Jahrestag des Atomtests „Castle Bravo“ auf den Marshallinseln, veröffentlicht die IPPNW ein Video mit einem Interviewzuschnitt von Gesprächen mit Expert*innen und Überlebenden der nuklearen Kette. Die Interviews hat die IPPNW-Delegation Ende November 2023 am Rande der Staatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags aufgenommen.

April Am 12. April treffen sich Mitarbeitende des europäischen IPPNW-Büros in Genf mit Dr. Tedros Ghebreyesus, dem Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation. Er erklärt, dass er der Aktualisierung des WHO-Berichts von 1987 über die gesundheitlichen Auswirkungen eines Atomkrieges Priorität einräumen werde. Durch die Einrichtung einer ständigen Präsenz in Genf kann die IPPNW ihre formelle Beziehung zur WHO nutzen, um das Verständnis für die Folgen von Atomwaffen und den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu fördern.

Am 16. April findet in Brüssel die NukeEXPO statt, eine Konferenz mit mehreren Diskussionsrunden und einem Ausstellungsbereich, wo die Teilnehmenden mit Organisationen zu den Themen „Waffen“, „Risiken“, „Auswirkungen“ und „Reaktionen“ in direkten Kontakt treten. Dr. Angelika Claußen nimmt für die IPPNW Deutschland teil.

Mai Vom 12.-19. Mai begleiten zwei IPPNW-Studentinnen die ICAN-Bildungsreise nach Kasachstan, wo sie sich mit der Geschichte der dortigen Atomwaffentests auseinandersetzen und Überlebende, Politiker*innen sowie Expert*innen treffen.

Juli Am 1. Juli gibt es in Hamburg einen Diskussionsabend mit dem ehemaligen internationalen IPPNW-Vorstand Prof. Tilman Ruff zu den Folgen der weltweiten Atomtests. Während seines Besuchs in Deutschland treffen sich Tilman Ruff und Dr. Inga Blum zudem mit Vertreter*innen des Auswärtigen Amts, um über Möglichkeiten der deutschen Unterstützung von Überlebenden zu sprechen.

Ende Juli nimmt eine Delegation der IPPNW am Preparatory Committee des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags in Genf teil. Abrüstungsreferentin Juliane Hauschulz spricht auf dem Sideevent von IPPNW und BASIC „Humanitarian Impacts and the NPT: A Dialogue on Advancing Opportunities and Situating Obstacles“.

August Am 29. August, dem Internationalen Tag gegen Atomtests, veröffentlicht die IPPNW sieben Interviews mit Überlebenden. Ein Zusammenschnitt wurde bereits Anfang März veröffentlicht, nun können auch alle Einzelinterviews abgerufen werden.

November Eine vierköpfige internationale IPPNW-Delegation fährt zur Klimakonferenz nach Baku (Aserbaidschan). Die IPPNW arbeitet in verschiedenen internationalen Arbeitsgruppen mit. Sie bringt die Themen Atomenergie und Frieden in zwei Pressekonferenzen ein und beteiligt sich an einer zivilgesellschaftlichen Aktion zu Demilitarisierung und Frieden.



Intensiver Austausch:
IPPNW-Jahrestreffen in Frankfurt



Gesundheit
braucht Menschenrechte:
Aktion auf dem Paulsplatz



Neues Büro:
Umzug der IPPNW-Geschäftsstelle

April Vom 27.-29. April 2024 kommen 160 Teilnehmer*innen zum IPPNW-Jahrestreffen in Frankfurt am Main zusammen. Sie verabschieden einen politischen Leitantrag für atomare Abrüstung sowie Anträge gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens und zur Vereinsöffnung. Im Leitantrag „Mut zu Abrüstung und Frieden“ fordert die IPPNW die Bundesregierung auf, sich global für atomare Abrüstung und insbesondere in der Ukraine und in Gaza für Deeskalation und Verhandlungen einzusetzen. Der Leitantrag kritisiert eine „zunehmende Militärrhetorik, die konventionelle und atomare Aufrüstung und Sicherheit fälschlich synonym setzt.“ In einem weiteren Beschluss werden die Vorhaben der Bundesregierung zur Reform des Sanitätsdienstes in der Bundeswehr und des medizinischen Katastrophenschutzes kritisiert. Durch diese Militarisierung des Gesundheitswesens drohe, ein Konflikt zwischen „medizinischer Ethik und militärischer Logik“. Beschlossen wird zudem eine Vereinsöffnung. IPPNW-Mitglieder können jetzt alle Menschen werden, die in Gesundheitsberufen tätig sind.

Mit einer politischen Kundgebung auf dem Paulsplatz beendet die IPPNW ihr Jahrestreffen. 80 Ärzt*innen und Aktivist*innen demonstrieren mit Bannern mit der Aufschrift „Gesundheit braucht Menschenrechte“ für die Einhaltung der Menschenrechte in der Asylpolitik.

Juni Am 22. Juni 2024 zieht die IPPNW-Geschäftsstelle von Kreuzberg nach Friedrichshain in die Frankfurter Allee. Vorausgegangen sind mehrere Wochen Ausmisten, Archivieren von Büchern, Broschüren und Ordnern, Scannen von Unterlagen, Verschenken und Verkaufen von Möbeln und Geräten in der Körtestraße und Bau- und Sanierungsarbeiten in der Frankfurter Allee 3. Das neue Büro liegt im repräsentativen Vorderhaus in Berlin-Friedrichshain in klassizistischem Baustil mit breiter Fensterfront. Es verfügt über ein Großraumbüro, einen Verpackungs- und Technikraum, zwei kleinere Konferenzräume, Küche und Bad sowie einen Garten zur Mitnutzung hinter dem Haus. Mit dem Kauf macht sich die IPPNW finanziell unabhängiger von steigenden Mieten in Berlin – und damit auch langfristig zukunftsfähig.

September Mehr als 100 Gäste feiern am 14. September 2024 die Einweihung der neuen IPPNW-Büroräume in der Geschäftsstelle und im Garten. Es gibt Reden und Toasts auf das neue „Haus des Friedens“, einen Sektempfang mit Kaffee und Kuchen, französische Chansons und Tanz.

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Sektion der Internationalen
Ärzt*innen für die Verhütung des
Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer
Verantwortung e. V.
Frankfurter Allee 3, 10247 Berlin
Telefon: 030 698 074-0 Fax: 693 81 66
ippnw@ippnw.de | www.ippnw.de

Spendenkonto: GLS-Bank

IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01
BIC: GENODEM1GLS, ippnw.de/spenden

Mitarbeit: Juliane Hauschulz, Anne Jurema,
Christoph Neeb, Patrick Schukalla, Samantha
Staudte, Angelika Wilmen, Laura Wunder

V.i.S.d.P: Dr. Lars Pohlmeier

Redaktion: Marek Voigt, Regine Ratke

Satz: Regine Ratke

Papier: RecyStar Polar, Recycling & FSC

Druck: DDL Berlin

Bildnachweise: nicht gekennzeichnete
Fotos aus dem IPPNW-Archiv oder privat.



Aktiv, kooperativ und erfolgreich!

Studierendengruppen haben neue Mitglieder gewonnen

Das Jahr 2024 war für uns Studierende ein Jahr der Weiterentwicklung und Stärkung unserer Arbeit. Die Gruppen in Berlin und in Hamburg sind gewachsen. In Jena und Freiburg sind neue engagierte Studierende aktiv, mit denen wir regelmäßig an Projekten arbeiten. Wichtige Veranstaltungen prägten das Jahr, so unter anderem die Mitgliederversammlung in Frankfurt/Main, bei der zu unserer großen Freude die Öffnung des Vereins beschlossen wurde. Einem weiteren für uns Studierende wichtigen Themenkomplex widmete sich der Workshop „Abschiebungen aus dem stationären Kontext“ im Sommer in Berlin.

Im September brachte die Global Health Summer School Studierende aus der gesamten IPPNW-Community zusammen und bot eine wertvolle Fortbildung zu den Themen Trauma, Empowerment und Recht auf Gesundheit. Bei der Einweihung der neuen Geschäftsstelle hielt unsere Sprecherin Anna im Namen der Studierenden eine Rede über die Bedeutung unserer Arbeit und betonte, wie

wichtig es ist, dass wir als Studierende in der IPPNW für Friedens- und Abrüstungspolitik eintreten.

Ein zentrales Ereignis war das IPPNW-Studierendentreffen im November in Berlin. Hier wurden Themen wie Friedens- und Abrüstungspolitik vertieft, und spannende Vorträge gehört. Während dieses Treffens wurden die neuen Studierendensprecher*innen gewählt: Lena Gedat und Borna Roohani übernehmen gemeinsam mit Anna Khouri das Amt. Außerdem gab es intensive Gespräche mit der Jungen IPPNW, um die Zusammenarbeit weiter zu stärken und neue Impulse zu setzen. Auch haben wir uns weiter für die Zukunft aufgestellt und gemeinsame Projekte und Ziele für das Jahr 2025 entworfen und die Teilnahme an der dritten Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbot in New York, am European Regional Meeting in Genf und am nächsten Weltkongress in Japan vorbereitet.

Erste Anstrengungen für die Einführung eines neuen Buddy-Programms sind gemacht, um es Studierenden zu ermög-

lichen, sich mit Mentor*innen in der IPPNW zu vernetzen, um schneller aktiv zu werden. Wir laden alle Studierenden ein, sich daran zu beteiligen und von den Möglichkeiten zu profitieren!

Ein weiteres wichtiges Thema war unser Engagement gegen Rechtsextremismus, insbesondere durch die Unterstützung der „Studis gegen Rechts“. Die Berliner Gruppe organisierte auch in diesem Jahr die Spendensammlung „Atomwaffen“ mit einem Stand an der Charité im Dezember. Zum Jahresende fand die Weihnachtsfeier der Berliner Regionalgruppe statt, zu der auch Studierende kamen, um sich auszutauschen und das Gemeinschaftsgefühl zu stärken.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass 2024 ein Jahr voller Aktivitäten, Kooperationen und Erfolge für die IPPNW-Studierenden war. Wir freuen uns auf die kommenden Herausforderungen!

Weitere Informationen:
www.ippnw.de/bit/studis



Die IPPNW in Zahlen

Finanzbericht 2024

Der Umzug der IPPNW-Geschäftsstelle von der Körtestraße in die Frankfurter Allee war zentrales Thema in diesem Jahr. Seit dem 1. Februar 2024 ist die Immobilie in Erbpacht im Besitz des Vereins. Das neue Büro begeistert uns alle sehr. Es ist repräsentativer als die bisherigen Räumlichkeiten und durch die Lage am Frankfurter Tor auch für die Öffentlichkeit sichtbar. Die laufenden Kosten sind gegenüber dem alten Büro geringer.

Durch den Umzug und mehrere Personalwechsel waren die Mitarbeiter*innen in der Geschäftsstelle das ganze Jahr über mit verschiedenen außerplanmäßigen Herausforderungen konfrontiert. Trotzdem konnten in der zweiten Jahreshälfte die politischen Aktivitäten wieder vollumfänglich aufgenommen werden – was einer der Gründe dafür ist, dass wir 2024 das im Etat geplante Defizit überschritten haben. Zentral ist hier aber der Rückgang bei den Mitgliedsbeiträgen und den Spenden. 2024 sind gegenüber dem Vorjahr die Mitgliedsbeiträge um 35.000 Euro und die Spenden um 40.000 Euro

gesunken. Die Personalkosten lagen wegen Doppelbesetzungen im Zusammenhang mit den Personalwechseln etwas höher als im Vorjahr. Sie werden wegen höherer Lohnnebenkosten und der Anfang des Jahres noch bestehenden Doppelbesetzungen voraussichtlich auch 2025 nicht sinken.

Für die Instandsetzung und Baumaßnahmen in der Frankfurter Allee wurden 35.000 Euro weniger ausgegeben als veranschlagt. Baumaßnahmen für Schallschutz und Entlüftung stehen noch aus. Sie ändern aber wenig am Ergebnis: Die Finanzierung der Immobilie kann weiter über den aufgenommenen Kredit von 700.000 Euro laufen. Der Verkauf der Immobilie in Stade wird unsere Rücklagen, die in den Erwerb der Immobilie investiert wurden, wieder aufstocken und eine Sondertilgung ermöglichen – und damit zu geringeren Folgekosten führen. Aktuell steht der Verkauf kurz vor dem Abschluss. Sobald die Umwidmung zur privaten Nutzung des Hauses vollzogen ist, kann der Kaufvertrag unterschrieben werden.

Mit Blick auf die zurückgehenden Mitgliedsbeiträge sowie sinkenden Spendeneinnahmen ist die eingeleitete Vereinsöffnung zu anderen Gesundheitsberufen von besonderer Bedeutung. Der Prozess ist jetzt angestoßen. Mitglieder als Multiplikator*innen sind dafür unerlässlich. Zudem haben wir durch die Einstellung einer Kollegin mit dem Schwerpunkt Fundraising unsere Einnahmensteigerung im Fokus. Wir möchten auch die Drittmittelwerbung ausbauen und beispielsweise mit Bildungsangeboten jüngere Mitglieder für ein Ehrenamt bei der IPPNW gewinnen und Mittel auf EU-Ebene einwerben.

An dieser Stelle gilt unser Dank allen, die in den Regionalgruppen mit ihren Aktivitäten unser Anliegen mittragen und allen, die spenden und Mitgliedsbeiträge zahlen. Sie haben auch im Jahr 2024 unsere wichtige politische Arbeit ermöglicht.

Kostenaufteilung 2024 nach Arbeitsbereichen

(ohne Rücklagenverbuchungen, steuerlicher Wirtschaftsbetrieb, Kosten Vermögensverwaltung und Abschreibungen)

Büro / Verwaltung	EUR
Personalkosten	122.840,36
Mietkosten Geschäftsstelle	77.474,19
sonstige Kosten	50.717,85
(2023 = 242.658,48)	251.032,40

Verein	EUR
Personalkosten	203.448,54
Vorstands-Jahrestreffen/MV-Kosten	39.291,36
Regionalgruppenarbeit	8.558,93
Fundraising	17.982,24
Fukushimaanzeige	44.704,18
Beratungen, Archiv, Fortbildung	39.737,84
(2023 = 268.815,53)	353.723,09

Öffentlichkeitsarbeit	EUR
Personalkosten	158.644,70
IPPNW-Forum	66.775,39
Publikationen / Websites / Sonstiges	5.501,51
(2023 = 221.433,87)	230.921,60

Ausstieg aus der Atomenergie	EUR
Personalkosten	38.129,09
Bündnisarbeit	776,11
Trägerkreis Atommüllreport	2.701,15
Sonstige Projekte	12.095,54
(2023 = 47.676,38)	53.701,89

Frieden und Atomwaffen	EUR
Personalkosten	76.161,19

a) Atomwaffen	
Zukunftscamp Nörvenich	5.320,20
Sonstige	3.779,34
(Polit. Druck, Atomwaffen A-Z)	

b) Krisenregionen	
Ukrainekrieg	4.060,11
Menschenrechte in Palästina/Israel	4.076,70

c) Veranstaltungen, AK, Kooperationen	
Friedensbewegung stärken	5.668,04
Klimakrise und Frieden	4.287,14
Peace Academy	272,50
Sonstiges	
(AK Süd/Nord, Sicherheit neu denken)	3.721,91
(2023 = 142.576,17)	107.347,13

Soziale Verantwortung	EUR
Personalkosten	56.029,61
Global Health Summer School	22.866,05
Türkei-Deutschland 2024	19.280,77
Sonstige (AK Geflüchtete und Asyl, Netzwerkarbeit)	1.706,38
(2023 = 94.786,70)	99.882,81

Internationale Kooperationsprojekte	EUR
Personalkosten	25.982,38
Unterstützung IPPNW International	29.358,29
European Work / Büro Genf	11.790,45
Survivors-Projekt	8.977,43
Nuclear Chain / Hibakusha Weltweit	2.797,20
Sonstiges	
(famulieren & engagieren, ICAN)	3.712,85
(2023 = 186.685,77)	82.618,60

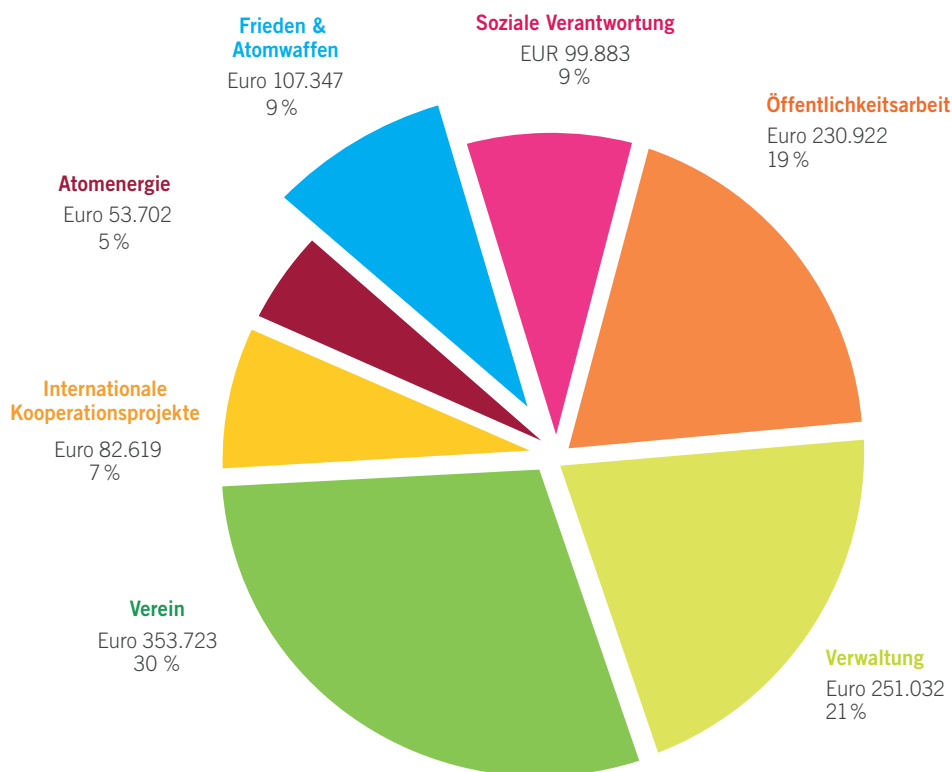
Mitgliederentwicklung

Leider verzeichnen wir auch 2024 einen leichten Rückgang der Gesamtmitgliederzahl.

Mitglieder	31.12.2023	31.12.2024
Ärzt*innen	4.602	4.461
Studierende	430	422
Fördermitglieder	484	497
Insgesamt	<u>5.516</u>	<u>5.380</u>

Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktiva	2024 EUR	2023 EUR	Passiva	2024 EUR	2023 EUR
Anlagevermögen			Eigenkapital		
Grundstücke und Gebäude	1.612.753,34	1,00	freies Vermögen	544.825,21	765.300,71
Geleistete Anzahlungen	0,00	1.301.026,30			
Umlaufvermögen			zweckgebundene Rücklagen		
Forderungen	1.991,37	6.163,63	Instandhaltung Haus Stade	50.730,83	50.730,83
Sonstige Forderungen	195,85	0,00	Betriebsmittelnrücklage	240.000,00	240.000,00
Kassen und Bankguthaben	41.722,82	579.650,81	Klage Biblis	5.555,38	12.748,48
Abgrenzungen	3.166,67	3.500,00	Rücklage KSZMNO	8.507,59	8.507,59
			sonstige zweckgebundene Rücklagen	50.496,77	43.699,58
			Summe Eigenkapital	900.115,78	1.120.987,19
			Rückstellungen		
			sonstige Rückstellungen	20.055,44	28.906,00
			Verbindlichkeiten		
			gegenüber Kreditinstituten	687.491,60	700.000,00
			sonstige Verbindlichkeiten	52.167,23	40.448,55
	1.659.830,05	1.890.341,74		1.659.830,05	1.890.341,74



„Bei meiner Prüfung haben sich keine Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses und der Geschäftsführung ergeben. Ich werde die Prüfung voraussichtlich mit der Erteilung einer uneingeschränkten Bescheinigung abschließen können.“

Auszug aus der Vorabbestätigung
Stuttgart, 30. April 2025
Detlef Siebeck

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

Einnahmen	2024 EUR	2023 EUR	Ausgaben	2024 EUR	2023 EUR
Beiträge	663.625,21	704.420,39	Gehälter u. soziale Aufwendungen	682.344,78	657.689,05
freie Spenden	176.836,84	196.558,29	Honorare und Fortbildungen	32.820,06	42.283,16
Spenden mit Zweckbindung	142.817,08	420.933,15	Kampagnen u. Unterstützungen	76.314,52	83.879,81
Zuschüsse mit Zweckbindung	42.283,85	36.479,62	Druckkosten	62.530,78	53.060,78
Veranstaltungen (Teilnahmebeiträge)	13.864,05	27.731,55	Kommunikationskosten	95.677,45	76.624,80
Beiträge Palästinareise	0,00	0,00	Mietkosten Geschäftsstelle	80.326,56	99.148,71
Vermächtnisse	0,00	33.250,02	Reisekosten	44.396,97	81.932,83
Sachspenden	0,00	0,00	Recht, Beratung, Abschlussprüfung	20.981,59	25.928,13
sonstige Erträge	0,00	0,00	Veranstaltungen	39.150,70	57.145,12
			sonstige Kosten	161.057,62	87.502,44
Mieterträge Haus Stade	11.208,87	11.924,03	Aufwendungen Haus Stade	633,01	11.953,45
Einnahmen Materialverkauf	4.401,73	7.091,19	Aufwendungen Materialverkauf	500,00	944,61
Verbrauch von zweckgeb. Rücklagen	20.825,00	16.472,72	Zuführung zu zweckgeb. Rücklagen	7.208,18	289.894,16
Verbrauch von freien Rücklagen	228.079,59	146.376,11	Zuführung freies Vermögen	0,00	33.250,02
Einnahmen gesamt	1.303.942,22	1.601.237,07	Ausgaben gesamt	1.303.942,22	1.601.237,07

Vielen Dank!

Ohne Ihre Unterstützung wäre unsere Arbeit nicht möglich



5.380 Mitglieder haben die IPPNW 2024 mit ihrem Jahresbeitrag unterstützt.

6.170 Menschen haben im Jahr 2024 an die IPPNW gespendet – viele Mitglieder zusätzlich zu ihren Jahresbeiträgen.

2.700 Menschen folgen uns auf Instagram (Stand April 2025).

10.100 Menschen folgen uns auf X (ehemals Twitter) – 750 auf Bluesky (Stand April 2025).

5.830 Menschen haben uns bei Facebook abonniert (April 2025).

1.713 Menschen haben die Fukushima-Anzeige 2024 mit ihrer Unterschrift und einer Spende unterstützt.

2.802 Menschen haben den IPPNW-Newsletter abonniert und informieren sich regelmäßig über unsere Arbeit.

2.076 Menschen haben den Atomenergie-Newsletter abonniert.

739 Menschen haben unsere Pressemitteilungen abonniert.

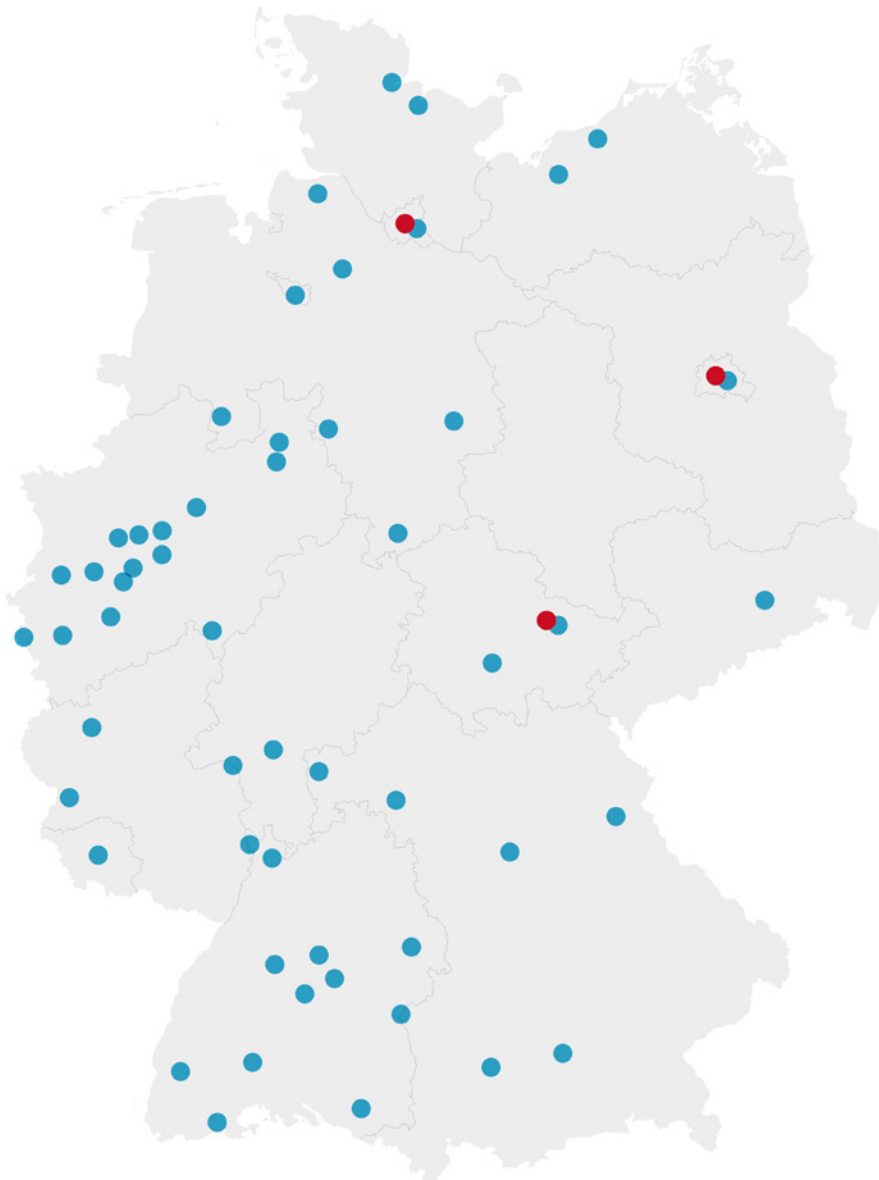
160 Menschen haben am IPPNW-Jahrestreffen in Frankfurt/Main teilgenommen.

64 Menschen engagieren sich als Ansprechpartner*innen für die IPPNW-Regionalgruppen.

3 IPPNW-Studierendengruppen treffen sich regelmäßig, um sich auszutauschen und Veranstaltungen zu planen.

Überall in Deutschland aktiv

Regional- und Studierendengruppen der IPPNW



Nürtingen
Oberberg
Osnabrück
Ostwestfalen
Ravensburg
Rostock
Rotenburg / Wümme
Saarland
Sachsen
Schwarzwald-Baar-Heuberg
Siegen-Olpe-Wittgenstein
Solingen
Stuttgart
Trier
Tübingen
Ulmer Ärzteinitiative
Vulkaneifel
Waldshut
Weiden
Wuppertal
Würzburg

Studigruppen

Berlin
Hamburg
Jena

IPPNW-Regionalgruppen

Aachen	Düren	Hagen	Landsberg am Lech
Aalen	Düsseldorf	Hamburg	Mainz-Wiesbaden
Aschaffenburg	Eckernförde	Hamm / Soest	Mannheim
Berlin	Essen	Heidelberg	Mecklenburg-Vorpommern
Bochum	Frankfurt/Main	Herford	Mönchengladbach
Braunschweig	Freiburg	Ilmenau	München
Bremen	Gießen / Mittelhessen	Jena / Gera	Nürnberg-Fürth-Erlangen
Calw	Göttingen	Kiel	
Dortmund	Hadeln-Kehdingen	Köln	

Arbeitskreise

AK Atomenergie

engagiert sich für Atomausstieg und Energiewende in Europa, klärt über die gesundheitlichen Folgen von Tschernobyl und Fukushima und die Verbindungen zwischen militärischer und ziviler Nutzung von Atomenergie auf, mischt sich in die Debatten um Energie- und Klimapolitik, den AKW-Rückbau und die Atommüllentsorgung ein. **Kontakt:** Dr. Jörg Schmid, joerg-schmid@gmx.net

AK ICAN – atomwaffenfrei

widmet sich dem Gründungsthema der IPPNW: der Verhinderung eines Atomkrieges durch die Abschaffung aller Atomwaffen. Als Ärzt*innen bringen wir die humanitären Folgen von Atomwaffen in die Debatte und arbeiten eng in der globalen Kampagne ICAN für ein Atom-

waffenverbot mit. **Kontakt:**

Juliane Hauschulz, hauschulz@ippnw.de

AK Geflüchtete & Asyl

tauscht sich über gesundheitliche Aspekte von Migrations- und Asylpolitik und die Arbeit mit Geflüchteten aus, erstellt Materialien und Publikationen, arbeitet aktuell zum Menschenrecht auf Gesundheit und dem Themenkomplex Abschiebungen und Krankheit. Vertretung im Forum Menschenrechte und in der BAG Pro Asyl. **Kontakt:** Anne Jurema, jurema@ippnw.de

AK Menschenrechte Türkei

ist ein interdisziplinärer Arbeitskreis. Er unterhält seit 1996 Kontakte zu Menschenrechtler*innen in der Türkei und unternimmt jährliche Reisen in die kurdischen Gebiete im Südosten

des Landes. Inzwischen organisiert er auch Gegenbesuche von kurdischen Partner*innen in Deutschland. **Kontakt:** Gisela Penteker, g.penteker@gmail.com

AK Süd-Nord

ist der nord-süd-friedenspolitische Arbeitskreis der IPPNW. Aufgrund der engen Verflechtungen mit der Ost-West-Dimension hatte er diese schon vor dem jetzigen Ukrainekrieg mit auf die Agenda genommen. Ein Schwerpunkt ist dabei die Frage nach den Ursachen der existentiellen Krisen unserer Zeit – Krieg und Naturzerstörung – im Gesellschaftsmodell der neoliberalen Globalisierung, sowie die Frage nach der Rolle der Medien bei der Verschleierung dieser Zusammenhänge und als Kriegstreiber. **Kontakt:** Barbara Schwegler, b.schwegler@posteo.de

Vorstand

Dr. Angelika Claußen (Co-Vorsitz)

Ärztin für Psychiatrie/Psychotherapie, Bielefeld

Dr. Lars Pohlmeier (Co-Vorsitz)

Internist, Bremen

Dr. Carlotta Conrad (Schatzmeisterin)

Ärztin, Hamburg

Ralph Urban (Beisitzer)

Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, Schwarzenbek

Dr. Christoph Dembowski

Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin, Rotenburg (Wümme)

Dr. Robin Maitra

Internist und Hausarzt, Ludwigsburg

Ute Rippel-Lau,

Ärztin für Allgemeinmedizin, Hamburg

Dr. Ute Watermann

Ärztin und Journalistin, Berlin

Dr. Helmut Lohrer

(International Councillor),

Arzt für Allgemeinmedizin, Villingen-Schwenningen

Hesam Jozvebayat (stellvertretender International Councillor),

Medizinstudent, Hamburg

Ehrenvorsitzender:

Prof. Dr. Ulrich Gottstein

Chefarzt für Innere Medizin i.R., Frankfurt

Geschäftsstelle

Angelika Wilmen, Geschäftsstellenleitung, wilmen@ippnw.de, 030 698 074-13

Dr. Caroline Kann, Geschäftsstellenleitung, kann@ippnw.de, 030 698 074-12

Rainer Kleemann,

Teamassistent, Mitgliederbetreuung, kleemann@ippnw.de, 030 698 074-16

Sotiria Friliggou, Fundraising, Datenadministration, friliggou@ippnw.de, 030 698 074-11

Dr. Christoph Neeb, Finanzen, neeb@ippnw.de, 030 698 074-18

Referent*innen:

Juliane Hauschulz, Atomwaffen, hauschulz@ippnw.de, 030 698 074-12

Anne Jurema, Soziale Verantwortung, jurema@ippnw.de, 030 698 074-17

Patrick Schukalla, Atomenergie und Energiewende, schukalla@ippnw.de, 030 698 074-20

Angelika Wilmen, Frieden, wilmen@ippnw.de, 030 698 074-13

Laura Wunder, Frieden und Klima, wunder@ippnw.de, 030 698 074-19

Öffentlichkeitsarbeit:

Marek Voigt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, voigt@ippnw.de, 030 698 074-15

Regine Ratke, Samantha Staudte

Assistenz Öffentlichkeitsarbeit, IPPNW-Forum, ratke@ippnw.de / staudte@ippnw.de 030 698 074-14 / -24

IPPNW Central Office

339 Pleasant Street, Third Floor
Malden, MA 02148-8107, USA
ippnwbos@ippnw.org www.ippnw.org

IPPNW Europa:

www.ippnw.eu

Regionalgruppen im Internet

Aachen: ippnw.de/bit/aachen

Bremen: ippnw.de/bit/bremen

Dortmund: ippnw.de/bit/dortmund

Mecklenburg-Vorpommern:

ippnw-mv.info

Mönchengladbach-Viersen:

ippnw-moenchengladbach-viersen.de

Nürnberg: ippnw-nuernberg.de

Trier: ippnw-trier.de

Ulmer Ärzteinitiative: ippnw-ulm.de

Herausgeber:

IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung e. V.
Frankfurter Allee 3, 10247 Berlin
Tel.: 030 698 0740
ippnw@ippnw.de | www.ippnw.de

Spenden: GLS-Bank, GENODEM1GLS
IBAN: DE23 4306 0967 1159 3251 01

